

Auf gehts! Reinschauen statt Wegschauen



Dezember 2015

Die Linksalternative Zeitung für Idar-Oberstein

AfD will Arbeitslosen Wahlrecht aberkennen

Eine Vertreterin der AfD fragte im Kreistag Birkenfeld nach, ob Flüchtlinge verstärkt Lebensmittel bei den Tafeln im Kreis "abgreifen" würden.

Dazu äußert sich Manuela Holz, Direktkandidatin der LINKEN im Kreis Birkenfeld und Vorsitzende der LAG Hartz IV Rheinland-Pfalz:

Laut Nahe-Zeitung sorgt sich im Kreis Birkenfeld Kreistagsmitglied Frau Bublies-Leifert von der AfD dass Flüchtlinge "Lebensmittel bei den Tafeln abgreifen" würden. Abgesehen davon, dass man sich für den Bezug von Lebensmitteln an allen Tafeln legitimieren muss und nichts einfach mal so "abgreifen" kann, sehe ich ihre Äußerung nur als Vorwand um gegen Flüchtlinge Stimmung zu machen.

Sie stellte nämlich keineswegs das System der Tafeln in Frage, kritisierte auch nicht, dass die ALG-II-Leistungen offensichtlich zu gering sind und immer mehr Menschen in Armut und an die Tafeln getrieben werden.

Dies ist aber auch nicht verwunderlich, denn das Wohlergehen von ALG-II-Empfängern, Geringverdienern, Rentnern mit Grundsicherung interessiert die AfD wenig. Im Gegenteil: An ihrem Infostand in Idar-Oberstein **machten sich die AfD-Vertreter für Sanktionen gegen ALG-II-Empfänger stark.**

Dies deckt sich auch mit der bundesweiten Einstellung der AfD zu sozial benachteiligten Menschen.

Konrad Adam, Gründer und ehemaliger Bundessprecher der AfD, sprach sich z.B. in der Zeitung „Die Welt“ dafür aus Hartz-IV-Empfängern das Wahlrecht abzuerkennen – also ganze Bevölkerungsschichten komplett zu entmündigen! Auch der zum wissenschaftlichen Beirat der AfD gehörende Volkswirtschaftsprofessor Roland Vaubel stellte Überlegungen an, den sogenannten "unteren Schichten" das passive Wahlrecht zu entziehen um so die "Leistungseliten" vor der Tyrannei der Mehrheit zu schützen. Diese Aussagen sind verfassungsfeindlich und zeigen deutlich die unglaubliche Verachtung von Langzeitarbeitslosen durch die AfD. Die AfD sieht in der sogenannten „Unterschicht“ einen Kostenfaktor und Bremsklotz. Wirtschaftsprofessoren, die für die AfD kandidierten, hatten 2005 den „Hamburger Appell“ gegen Lohnerhöhungen und für weitere Einschnitte ins soziale Netz unterschrieben. Sie forderten auch eine weitere Verschärfung von Hartz IV.

Als Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV Rheinland-Pfalz vertrete ich den Standpunkt, dass man Flüchtlinge nicht gegen Deutsche ausspielen darf, sondern, dass in unserem reichen Deutschland allen Menschen, seien es Ausländer oder Einheimische, **ein Leben in Würde und ohne Not ermöglicht werden kann und muss. In einem ersten Schritt gehört für DIE LINKE dazu auch die Anhebung des ALG-II-Satzes auf 500 Euro – damit niemand mehr zur Tafel muss!**

Manuela Holz
Direktkandidatin der LINKEN im Kreis Birkenfeld



Gerd Altmann/Shapes:AllSilhouettes.com / pixelio.de

Mit diesen Verträgen werden die Standards, die unsere Gesundheit, das Arbeitsleben und die Umwelt schützen, gesenkt oder ganz abgeschafft. Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind ebenso gefährdet wie die kleiner und mittelständischer Unternehmen oder die kommunale Daseinsvorsorge.

Rainer Böß erinnert daran, dass jeweils auf Anträge der LINKEN der Kreistag Birkenfeld und der Verbandsgemeinderat Herrstein seine Sorgen zum Ausdruck gebracht und sich den Bedenken des Städte- und Landkreistages gegen TTIP angeschlossen habe.

Böß: "Bei TTIP dürften mittelständische Unternehmen vor Ort nicht mehr bevorzugt werden. Wenn die Stadt Idar-Oberstein die Volkshochschule, das Stadttheater

LINKE Gewerkschafter aus

Idar-Oberstein bei TTIP-Demo in Berlin

TTIP würde auch Kommunen wie Idar-Oberstein teuer zu stehen kommen

Gegen die in Geheimverhandlungen zwischen der EU und den USA bzw. Kanada geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA protestierte am 10. Oktober bei einer der größten Demonstrationen der vergangenen Jahre in Deutschland in Berlin eine Viertelmillion Menschen.

Auch die Landtagskandidatin der LINKEN im Kreis Birkenfeld, Manuela Holz sowie Christian Nowak, Paul Bornschein (alle aus Idar-Oberstein) und Kreistagsmitglied Rainer Böß vom Kreisverband DIE LINKE Birkenfeld beteiligten sich. Die Mitglieder der LINKEN, die auch Gewerkschafter sind, fuhren mit einem vom DGB organisierten Bus nach Berlin.

Der DGB-Bundes-Vorsitzende Hoffmann stellte auf der Demo klar: "Bei TTIP geht es um den Abbau tarifärer Handelshemmnisse, das ist das, was wir in den letzten hundert Jahren in Deutschland mit Schweiß und teilweise mit Blut an Sozialstandards erkämpft haben."

Manuela Holz ergänzt: "Wieder einmal sind es vor allem die Sozialdemokraten in der Regierung, die nach dem Schleifen des Sozialstaates mit der Agenda 2010 und Hartz IV erneut dazu beitragen, dass Arbeitnehmerrechte, die von den Gewerkschaften erkämpft wurden, verspielt werden!"

oder die Schwimmbäder subventioniert, müsste sie bei TTIP auch ausländischen Anbietern Zuschüsse gewähren. Überall, wo Schwimmbäder, Feuerwehr, Rettungswesen, Gesundheitsversorgung, Wasser- und Stadtwerke, Theater, ÖPNV, Müllentsorgung oder Recycling als kommunale Dienstleistung betrieben werden, kann eine Privatisierung eingeklagt werden, die die Menschen teuer zu stehen kommen würde."

DIE LINKE unterstützt den Widerstand gegen Abkommen wie TTIP und CETA auf allen Ebenen und setzt sich für eine gerechte, soziale und ökologische Welthandelspolitik ein, denn die Politik hat die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, nicht jene der Banken und Großkonzerne.

Rainer Böß
Stellv. Kreisvorsitzender

DIE LINKE – Gemeinsam gegen krankmachenden Fluglärm vorgehen

Im Oktober führte der Kreisverband DIE LINKE Birkenfeld gemeinsam mit der saarländischen linken Landtagsabgeordneten Heike Kugler eine Veranstaltung zum Thema "Auswirkungen der militärischen Luft-Boden-Übungen am BOMBODROM Baumholder" durch. Durch Lärm- und Schadstoffemissionen, der stellvertretende Kreisvorsitzende Rainer Böß erwähnte hier den laut Hersteller krebserzeugenden Treibstoff JP-8, aber auch durch die permanente Radarbestrahlung im weiten Umfeld des Truppenübungsplatzes würden die Menschen im Kreis Birkenfeld einer sehr hohen Gesundheitsgefährdung (insbesondere Herz-Kreislaufkrankungen) ausgesetzt.

Heike Kugler, ehemalige Lehrerin, wies auch auf eine verzögerte kognitive Entwicklung bei Schulkindern hin, Fluglärm beeinträchtigt die Leseleistung. Es bestehe auch ein Zusammenhang mit Sprech- oder Sprachstörungen. Zudem seien durch die Lärmbelastigungen negative Auswirkungen auf den Tourismus in der Nationalparkregion und auf die Immobilienwerte zu erwarten. Kein Verständnis hatte man auch für die im Gegensatz zu anderen Übungszonen weit überdurchschnittliche Anzahl der Übungen.

Fluglärm-Betroffene berichteten, dass sie sowohl den Landtagsabgeordneten der SPD als auch andere Politiker um Hilfe ersucht hätten, eine Rückmeldung wäre in keinem Fall erfolgt. Diese Erfahrung hat auch Karin Feulner, linkes Mitglied im Verbandsgemeinderat Herrstein gemacht, die sich vor mehreren Monaten in einem offenen Brief an Landrat Dr. Schneider wandte, der wiederum das rheinland-pfälzische Innenministerium bat, sich der Beschwerdelage anzunehmen und sich direkt mit Karin Feulner und anderen Betroffenen in Verbindung zu setzen. Auf eine Antwort der Landesregierung wartet auch Feulner bis heute vergebens.

MDL Heike Kugler rät deshalb allen Betroffenen, sich in einer Petition direkt an den Bürgerbeauftragten des Landes zu wenden.

Rainer Böß berichtete, dass der Kreisverband DIE LINKE Birkenfeld einen Fragekatalog mit dem Schwerpunkt Fluglärm und Nationalpark erstellt habe, der durch die Bundestags-Abgeordnete Inge Höger an die Bundesregierung weitergeleitet werde. Mit den an diesem Abend anwesenden Betroffenen vereinbarte Böß, dass bei einem Folgetreffen Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Fluglärm Kaiserslautern eingeladen werden sollen um zu besprechen, ob eine Anbindung an die BI möglich wäre.. (rab)



Hallo Leute wieder einmal Stress mit dem Jobcenter oder dem Arbeitsamt, Jugendamt oder Rentenkasse....kein Problem kommt zu uns oder einer anderweitigen Beratungsstelle in in der Nähe ihres Wohnortes.

Die Linke Hilfe Mainz findet ihr Jeden Mittwoch ab 16.30 bis 18 Uhr in der Landes Geschäftsstelle der Linken in der Rochusstrasse 10-12 in der Mainzer Altstadt.

06131-2630576

06138-9240439

Fax: 06131-8857018

linke-hilfe-mainz@die-genossen.de

Aus dem Stadtrat: Zur Spielplatzsituation im Stadtgebiet

Es werden laut Stadtrats-Beschluss die Spielplätze Kaltenborner Weg, Oberstein – Atzenbachstraße, Tiefenstein – Schielweg, Göttschied – Rehlengraben, Regulshausen geschlossen. Begründung sind deren veraltete Gerätschaften die nicht den heutigen Sicherheitsanforderungen entsprechen.

Die Linke Fraktion stimmte als Einzige gegen diese Entscheidung, mit folgendem Wortbeitrag:

Wenn heute die Spielgeräte auf den genannten Spielplätzen marode, oder nur noch wenig attraktiv sind, dann deshalb, weil man sich in den vergangenen 40 Jahren z.B. lieber damit beschäftigt hat, eine Autogerechte Stadt mit ausreichend Parkraum zu schaffen. Deshalb ist ja auch nicht mehr genügend Geld in unser schönes Kamerwoog-Schwimmbad gesteckt worden, um es zu erhalten.

In der Landesbauverordnung Rheinland-Pfalz wird bei einer Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen ein Spielplatz für Kleinkinder vorgeschrieben, der nach seiner Lage und Beschaffenheit ein gefahrloses Spielen ermöglicht.

Bei bestehenden Gebäuden kann die Herstellung und Instandhaltung von Spielplätzen verlangt werden, wenn dies wegen der Gesundheit der Kinder oder zum Schutz vor Verkehrsgefahren erforderlich ist...

Bei den Alternativen zu den genannten Spielplätzen in Oberstein, Tiefenstein, Göttschied und Regulshausen, werden die Kinder zusätzlichen Verkehrsgefahren ausgesetzt sein, wenn sie auf andere Spielplätze ausweichen müssen. - *Die betroffenen Bürger würden bei einer Einklagung ihrer Rechte vermutlich sogar recht bekommen.* -

Abgesehen davon, werden wir zukünftig wieder mehr Kinder in der Stadt haben, alleine schon wegen der Flüchtlingsfamilien die sich auch bei uns niederlassen werden. Wenn den Kindern schon die Lehrschwimmbecken genommen werden, sollten nicht auch noch Spielplätze dazu herhalten den Städtischen Haushalt zu retten.

Sonja Gottlieb

Fraktionsvorsitzende Linkefraktion Idar-Oberstein

Verantw. f. d. Inhalt: Ortsverband die Linke und Ortsgruppe der DKP Idar-Oberstein
E-Mail: linkepresse-io@emailn.de www.birkenfeld.dielinke-rhlp.de
Bankverbindung: DIE LINKE. Kreisverband Birkenfeld Volksbank Hunsrück-Nahe eG
IBAN: DE03 5606 1472 0004 7114 32 Verwendungszweck: Linke Zeitung